

Pressemitteilung

16. Dezember 1985

Nr. 178

Wieder Sabotageakte in Münchehagen

Glup: Kein neuer Ölaustritt aus Polder II

Die Arbeiten zur Sanierung der Sondermülldeponie Münchehagen im Landkreis Nienburg sind am Wochenende von Demonstranten erneut behindert worden. Nach Feststellung der Polizei blockierten am Samstagabend 20 Fahrzeuge die Zufahrt zur Deponie, um mehrere Lastkraftwagen, die Füllmaterial antransportiert hatten, an der Abfahrt zu hindern. Dabei verstopften die Demonstranten auch das Schloß am Einfahrtstor mit Holzstücken, so daß es sich nicht mehr schließen ließ. Erst drei Stunden später konnten die Lastkraftwagen die Deponie verlassen. Am Sonntagnachmittag erschien eine Gruppe von zehn verummten und mit Eisenstangen bewaffneten Personen, die auf dem Zaun angebrachte Stacheldrahtrollen abtrennten und auf das Deponiegelände warfen.

Wie Landwirtschaftsminister Gerhard Glup zu diesen erneuten Sabotageakten erklärte, seien ihm die Beweggründe dieser Menschen zur Störung der Sanierungsarbeiten völlig unbegreiflich. Bei diesen Arbeiten gehe es ausschließlich um die bestmögliche Sicherung der Deponie und damit um die Vergrößerung der Sicherheit der in ihrer Umgebung lebenden Bevölkerung. Für die Sabotageakte gebe es nur die eine Erklärung, daß die daran Beteiligten die Sicherung der Deponie nicht wollen.

Weiter wies Minister Glup darauf hin, daß Meldungen, wonach erneut Öl vom Polder II in den Polder IV gesickert sein soll, unwahr sind. Richtig hingegen ist, daß die Ölsperren Anfang letzter Woche umgesetzt worden sind, und zwar vom Rampenfuß an der Westböschung zur Ostseite hin. Damit wurde der gesamte südliche Bereich des Polders IV vom nördlichen Bereich, aus dem das Deponiewasser abgepumpt wird, abgesperrt. Der Grund zur Umsetzung der Ölsperre ist allein im inzwischen niedrigeren Wasserstand zu sehen. Minister Glup bekräftigte erneut, daß von der Deponie nach außen keinerlei Gefahr ausgeht.

Die Resolution des Kreistages zur Münchehagener Deponie:

Ein Kompromiß, der nicht ganz zufriedenstellt aber dennoch vernünftig ist

Bei einer Gegenstimme beschlossen / Kritik an MdL Schlotmann

Nienburg (So). Wer geglaubt hatte, daß die von den drei Fraktionen im Kreistag erarbeitete und vom Kreisausschuß einstimmig empfohlene Resolution zur Sonderfall-Deponie Münchehagen (DIE HARKE berichtete) während der Jahresabschlußsitzung im Kreishaushaus kurz und bündig über die kommunalpolitische Bühne gehen würde, sah sich getäuscht. Neue Statements und Erklärungen von mehreren Seiten sowie zwei Antifrage rückten das Thema über geraume Zeit wieder in den Blickpunkt. Darüber hinaus wurden von der FDP-Abgeordneten Marie-Luise Schmidt und von Margret Ammann (WIDU) deutliche Worte des Mißfallens über das Vorgehen von MdL Axel Schlotmann geäußert, der die Resolution noch vor dem Kreistagsbeschuß in Hannover übergeben hatte.

„Diese Resolution ist ein Kompromiß, der nicht ganz zufriedenstellt, der jedoch vernünftig ist und dem zugestimmt werden muß“, sagte Abgeordneter Roland-Peter Lubenow. Er habe in seiner kommunalpolitischen Zeit allerdings noch nicht erlebt, daß sich innerhalb weniger Wochen ein solcher Wandel in manchen Gemütern vollzogen habe, wie dies in Sachen Münchehagen im Kreistag geschehen sei, meinte der SPD-Politiker. Auch andere Beobachter glaubten bei manchem nicht nur Einkehr, sondern gar Umkehr entdeckt zu haben.

Als einen gelungenen Appell an die Solidargemeinschaft des Kreistages wertete CDU-Fraktionsvorsitzender Egon Keppler die Resolution. „Man muß mit dieser unliebsamen Erbschaft fertig werden“, bekräftigte Abgeordnete. Vor allem gelte es, auch Schaden für nachfolgende Generationen abzuwenden. „Wir müssen Wächter der Sicherheit für unsere Kreisbevölkerung sein, auch wenn wir für die wichtigsten Aspekte gar nicht zuständig sind“, sagte Keppler. Münchehagen lasse sich nicht auf kommende Jahre verschieben. Es dränge heute. Deshalb sollte der Kreistag der Resolution einmütig zustimmen.

Dieser Wunsch ging indes nicht in Erfüllung. WIDU-Abgeordnete Margret Ammann stellte den Antrag auf Änderung der Resolution. Im Mittelpunkt ihrer Forderung stand die gesamte Auskofferung der Polder. Ein unabhängiges Institut solle dazu ein Konzept zur gefahrlosen Beseitigung erarbeiten. Der Antrag wurde nach längerer Diskussion gegen die Stimme der WIDU-Abgeordneten und bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

SPD-Abgeordneter Hans Elbers bemängelte, ebenso wie zuvor Margret Ammann, daß die Resolution in manchen Passagen zu schwach und zu beschwichtigend sei. Allerdings enthalte die Resolution eine Reihe von seiner Partei eingebrachten Warnungen und Anregungen. Die SPD werde ihr auf jeden Fall zustimmen, verkündete Elbers, der es

lieber gesehen hätte, wenn manches darin deutlicher gesagt worden wäre. Als vor- dringlich sah er es an, daß wichtige Informationen sofort ausgetauscht werden.

Ebenso wie Landrat Helmut Rode, der die Diskussion gründlich, in Ruhe und mit großer Übersicht führte, warnte er vor der Illusion, die Deponie zum gegenwärtigen Zeitpunkt auskoffern zu können. Helmut Rode mahnte, daß konkurrierende Institute mit unterschiedlichen Untersuchungsergebnissen oft unnötig für Unruhe sorgten. „Eine Verkapselung des Bereichs bis zum Zeitpunkt der späteren Verbrennung wäre zum gegenwärtigen Zeitpunkt das beste“, meinte der Landrat.

Allzu freundliche Formulierungen in der Resolution hatte auch SPD-Ratsherr Helmut Breiter gefunden. Er monierte, daß manches darin inzwischen von neuen Entwicklungen eingeholt worden war. Sein Antrag auf geringfügige Änderungen des Textes wurde bei einer Gegenstimme angenommen.

Oberkreisdirektor Dr. Wilfried Wiesbrock teilte mit, daß die Vorbereitungen für das Absaugen der dioxinhaltigen Sedimente aus Polder IV mit starken Pumpen in vollem Gange sei. Der Schlamm werde anschließend in Stahlbehältern zwischengelagert. Zudem wäre Eile geboten, da der Damm zwischen den Poldern IV und II nach Ansicht von Experten extrem einsturzgefährdet sei.

„Mutige Konsequenzen sind notwendig, müssen aber realisiert werden können“, meinte der OKD. Baudezernatsleiter Franz Wagner erklärte, daß die im Pumpenbereich des Polder IV gezogenen Wasserproben dioxinfrei seien. Er gehe davon aus, daß damit auch das nach Lemke gebrachte Wasser dioxinfrei sei. Nur das innerhalb der Ölsperr entnommene Wasser wies Dioxin in einer Menge von 0,1 Nanogramm (0,1 billionstel Gramm) auf.